

Der vergessene Krieg in der Ukraine

Wie Russland es schafft, die Ukraine erneut in seinen Einflussbereich zu rücken

Von Tomasz Sikora

Lwiv. Der 1787 in Lwiv in der Westukraine gegründete Lytschakiwskifriedhof ist berühmt. Seit seiner Gründung dient er der örtlichen Intelligenzija und der Mittel- und Oberschicht als Begräbnisstätte – entsprechend vornehm ist seine Architektur.

Er zeugt mit seinen Gräbern von wichtigen Etappen der ukrainischen Geschichte. So erinnert er an den polnisch-ukrainischen Krieg von 1918–1919. Oder an den sogenannten «Holodomor», eine Hungersnot, die in den Jahren 1932–1933 herrschte und die Stalin zumindest in Kauf nahm. Manche Historiker meinen sogar, dass er sie bewusst verursachte.

Die Sowjets liessen damals während einer Hungersnot sämtliche Nahrungsmittelvorräte aus der Ukraine nach Russland transportieren. Millionen von Menschen, die nicht aus der abgeschotteten Ukraine fliehen konnten, verhungerten in der Folge buchstäblich auf den Strassen – eine Tatsache, die Weltöffentlichkeit erst in den 1970ern erfuhr. Die Sowjets setzten alles daran, den Holodomor geheim zu halten.

Auch an den Zweiten Weltkrieg erinnert der Friedhof – die Ukrainer waren nach den Russen die sowjetische Nation, die am zweitmeisten Opfer zu beklagen hatte.

Seit 2014 ist am Friedhof ein weiteres, nicht minder tragisches Kapitel der ukrainischen Geschichte ablesbar: Der Krieg im Donbass. Manche der Gräber sind erst wenige Wochen alt. Bei einigen verraten die Geburtsdaten, dass nicht wenige Verstorbene noch nicht einmal das dreissigste Lebensjahr erreicht haben. Sie gehören alle zu den rund 10000 Opfern, die der Krieg seit seinem Beginn gefordert hat.

Lwiv und der Lytschakiwskifriedhof liegen lediglich 70 Kilometer von der polnischen EU-Aussengrenze entfernt. Trotzdem spricht in Europa kaum jemand mehr vom Krieg im Donbass, der seit seinem Beginn an Intensität verloren hat, aber immer noch täglich Menschenleben fordert.

Kritik unerwünscht

Genau so fast gänzlich untergegangen wie der Krieg in der Ostukraine ist auch das Schicksal des ukrainischen Filmregisseurs Oleh Senzow nach 2014 im Strom der zahlreichen Krisen und Tagesaktualitäten.

Der heute 42-jährige Mann aus der Stadt Simferopol auf der Krim hat nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel öffentlich gegen das Vorgehen Russlands protestiert und sich als Organisator friedlicher Auto-Demonstrationen exponiert. Dies kam ihm teuer zu stehen: Wenige Wochen nach seinen Aktionen wurde Senzow vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB festgenommen und nach Russland entführt. Im kurze Zeit später folgenden Gerichtsverfahren in der süd-



Der Lytschakiwskifriedhof in Lwiv. Die frischen Gräber zeugen davon, dass der Krieg in der Ostukraine immer noch andauert. Foto Oliver Sterchi

russischen Stadt Rostow am Don wurde ihm zur Last gelegt, terroristische Aktivitäten geplant und ausgeführt zu haben, wofür er zu 20 Jahren Lagerhaft in Sibirien verurteilt wurde.

Dass die zwei Hauptbelastungen zeugen nach dem Prozess bekannt gaben, unter Zwang ausgesagt zu haben, schien die russische Justiz genauso wenig zu kümmern wie die Tatsache, dass sie keine weiteren Beweise für ihre Vorwürfe vorlegen konnte. Im November 2015 bestätigte das Oberste Gericht Russlands das erstinstanzliche Urteil. Senzow wurde anschliessend in die jakutische Strafkolonie IK-8 «Weisser Bär» im äussersten Nordosten Russlands verlegt, wo er sich bis heute befindet. Zahlreiche Beobachter haben den Prozess seither als politisch motiviert und die Vorwürfe als konstruiert verurteilt.

Erst kürzlich wiederholten eine Sprecherin des US-amerikanischen Auswärtigen Departements und die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini ihre Ansicht, dass die Verhaftung Senzows willkürlich und er zusammen mit allen anderen ukrainischen politischen Häftlingen in Russland freizulassen sei.

Anlass der Mitteilungen war, dass sich Senzow seit Monaten in einem Hungerstreik befindet, dessen Beginn alles andere als zufällig gewählt war. Der Inhaftierte hat Mitte Mai mit dem Hungerstreik begonnen, um während der Fussballweltmeisterschaft in Russland im Juni dieses Jahres die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu ziehen.

Seine Forderung: Die Freilassung der über 60 ukrainischen politischen

Gefangenen in Russland. Obwohl er infolge einer verbindlichen einstweiligen Massnahme des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte medizinisch versorgt und zwangsernährt wird, schwebt er gemäss Angehörigen weiterhin in Lebensgefahr.

Ausserhalb der Film- und Menschenrechtsszene, die sich bereits seit der Inhaftierung für Senzow einsetzt, hat seine Aktion allerdings nur punktuell Beachtung gefunden. Zu stark war die mediale Macht des grössten Sportanlasses der Welt, dem grössten Boykott-Debatten im Vorfeld letztlich doch keine Nationalmannschaft fernblieb.

Die WM übertönt alles

Für Russlands Präsident Wladimir Putin kam die Weltmeisterschaft als Propagandabühne wie gerufen. Sie erlaubte es ihm, das russische Image im Westen, das wohl seit dem Zerfall der Sowjetunion nicht mehr so schlecht war wie vor der WM, aufzupolieren. Anstatt über politische Gefangene in Russlands Straflagern zu berichten, waren die Medien voll von Bildern, auf denen farbenfrohe jubelnde Fussballfans auf Moskau und St. Petersburgs Strassen zu sehen waren.

Tatsächlich schien die Stimmung in den russischen Metropolen wie ausgewechselt. Selbst die Einheimischen waren überrascht von der positiven Stimmung und davon, wie gut organisiert der Anlass war. Aussagen von ausländischen Besuchern der WM, wonach Russland ganz anders sei, als es in den westlichen Medien dargestellt werde,

schlachtet die russischen Medien gekonnt aus.

Unbekannte Ukraine

Wer hoffte, dass die WM und die positive Stimmung auf Russlands Grossstadtstrassen irgendeinen positiven Effekt haben würde, der hat diese Hoffnungen inzwischen begraben. Russland übt seine hegemoniale Politik gegenüber der Ukraine wie in den Jahrhunderten zuvor aus. Bereits zur Zaren- und Sowjetzeit war Kiew von St. Petersburg beziehungsweise Moskau dominiert und wurde im Westen kaum als eigenständiger Staat wahrgenommen. Zumindest unterbewusst wurde sie gemeinhin dem Zuständigkeitsbereich Russland zugerechnet.

Dies schien sich nach den Maidan-Protesten zu ändern, die entbrannten, als sich der damalige ukrainische Präsident Yanukowitsch unerwartet von einem Assoziierungsabkommen mit der EU distanzierte. Auch der Streit um die von Russland annektierte Krim-Halbinsel und der Krieg in der Ostukraine schienen dem Westen plötzlich klarzumachen, dass die Ukraine nicht bloss der kleine Bruder Russlands ist. Nun, vier Jahre nach den Maidan-Protesten, der Annexion der Krim und dem Kriegsbeginn in der Ostukraine ist fraglich, ob diese Veränderung in der Wahrnehmung der Ukraine von nachhaltiger Natur war.

Daran, dass für Herr und Frau Schweizer die Ukraine ein wenig bekanntes Land ist, scheint sich nicht viel verändert zu haben. Diesen Eindruck erhält jedenfalls, wer mit Ukrainern in der Schweiz spricht. So sagte

kürzlich Jenya Levicka vom Verein «Ukrainer in Basel», die seit 12 Jahren in der Schweiz lebt, der Basler Lokalnews-Plattform *primenews.ch*: «Als ich frisch in der Schweiz war, musste ich jedem erklären, dass die Ukraine und Russland nicht dasselbe sind.»

Ähnlich äusserte sich in dem Medium die ukrainische Autorin Halyna Petrosnyak, die seit zwei Jahren in der Schweiz lebt: «Ich werde oft gefragt, ob es überhaupt so etwas wie eine ukrainische Sprache gebe. Die Leute im Westen haben oft einfach keine Ahnung von unserem Land.»

Putin bleibt hart

Die Lage, in der sich die Ukraine befindet, scheint aussichtslos. Wladimir Putin hat sein Ziel, die Ukraine wieder in den russischen Einflussbereich zu rücken, erreicht. Er ist jederzeit in der Lage, den Konflikt in der Ostukraine erneut anzukurbeln, womit er über ein brutales Veto gegen jegliche handfeste Annäherung der Ukraine an die EU oder die Nato verfügt. Eine solche wäre nämlich nur dann denkbar, wenn die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine nicht infrage gestellt sind. Auch Oleh Senzows Hungerstreik, der sich heute im 113. Tag befindet, scheint nichts bewirken zu können.

Jedenfalls antwortete Putin kürzlich, als er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf Senzow angesprochen wurde, unbeeindruckt, dass die russische Justiz unabhängig sei und Senzow wegen Terrorismus im Gefängnis sitze.

«Die Sowjetunion war mehr als Russland»

Osteuropäer-Frithjof Frithjof Schenk über den Versuch, in der Schweiz ein stärkeres Bewusstsein für die Ukraine zu schaffen

Von Tomasz Sikora

Basel. Einer, der sich dafür einsetzt, die Ukraine ins Bewusstsein der Schweizer Öffentlichkeit zu rücken, ist Frithjof Benjamin Schenk. Schenk ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Basel und hat 2016 die Initiative «Ukrainian Research in Switzerland» (Uris) ins Leben gerufen. Uris hat sich zum Ziel gesetzt, die Ukraine-Forschung in der Schweiz zu fördern und zu vernetzen. Mit Lehrveranstaltungen von Gastwissenschaftlern und einem Ukrainischkurs wird Studierenden der Uni Basel ausserdem Wissen über Geschichte und Gegenwart der Ukraine vermittelt.

Die BaZ hat sich mit Schenk getroffen und mit ihm über Uris gesprochen.

BaZ: Herr Schenk, was hat Sie bewegt, Uris ins Leben zu rufen?

Benjamin Schenk: 2014 haben wir alle mit Schrecken beobachtet, was in



der Ukraine geschah. Besorgniserregend waren daran aber nicht nur die Gewalt auf dem Maidan, die Annexion der Krim und der Ausbruch des Krieges im

Osten des Landes, sondern auch, wie wenig wir in der Schweiz über die Ukraine wissen. Deutlich wurde dies zum Beispiel, als Journalisten nach Experten suchten, die zur Ukraine Auskunft geben und die Geschehnisse historisch und politisch einordnen können. Da wurde mir klar, dass hier ein grosser Nachholbedarf besteht und dass wir in der Schweiz mehr über die Ukraine, ihre Geschichte und Gegenwart wissen sollten.

Welche Fragen bewegten die Journalisten damals?

Es ging beispielsweise darum, ob die Ukraine wirklich in einen europä-

freundlichen Westen und einen russlandfreundlichen Süden und Osten gespalten ist, oder ob die Situation nicht doch komplexer und vielschichtiger ist. Unser Unwissen hat sicherlich auch mit der starken Russlandfixierung unseres Blickes auf den post-sowjetischen Raum zu tun. Auch nach dem Zerfall der UdSSR waren wir es uns gewohnt, die Sowjetunion mit «Russland» gleichzusetzen. Dabei wurde oft übersehen, dass 1991 fünfzehn neue Staaten, die alle eine eigene Geschichte und Kultur haben, entstanden. Hier liegt ein Versäumnis im Westen vor. Man hat sich nicht ausreichend mit den Folgen des Zerfalls der Sowjetunion beschäftigt.

Das Interesse an der Ukraine scheint in der letzten Zeit wieder abzunehmen. Wie beeinflusst das Uris?

Ich teile leider diese Beobachtung. Das liegt unter anderem daran, dass es heute weltweit neue Krisen und

Konflikte gibt, die mediale Aufmerksamkeit erhalten. Das beeinflusst uns aber nicht, denn Uris ist kein von «Konjunkturen» getriebenes Projekt. Unser Ziel ist es, nachhaltiges Wissen in der Schweiz aufzubauen.

Was hat Uris bisher erreicht?

Es ist uns gelungen, renommierte Gastwissenschaftler für einen Forschungs- und Lehraufenthalt nach Basel zu holen und bei Studierenden Interesse für die Geschichte und Gegenwart der Ukraine zu wecken. Es ist wichtig, von diesem Land gehört zu haben, zu wissen, dass es das zweitgrösste Land Europas ist und die tragische Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert zu kennen. Wünschenswert wäre natürlich auch ein grösseres Interesse der Öffentlichkeit. Deswegen sind wir auch immer dankbar für Anfragen der Medien. Sehr erfreut sind wir über die positiven Rückmeldungen der Studenten. Zu Beginn des Som-

mers waren wir zum ersten Mal mit Basler Studierenden unterwegs in der Ukraine. Es handelte sich um eine Studienreise in den Westen des Landes, die Gelegenheit bot, theoretisch erworbenes Wissen mit eigenen Eindrücken in der Region zu verbinden. Zu guter Letzt ist es sehr erfreulich, dass Uris von der Uni Basel und vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation des Bundes (SBFI) unterstützt wird. Man hat dort die politische Bedeutung des Projektes erkannt.

Politische Bedeutung inwiefern?

Besonders im Hinblick auf die Schweiz. Ich denke, wir haben als reiches Land eine Verantwortung dafür, jene Gegenden in Europa nicht aus dem Blick zu verlieren, in denen heute wieder Krieg herrscht. Unsere Aufgabe ist es, so gut wie möglich zum Verständnis der Geschichte und zur aktuellen Situation in diesen Ländern beizutragen.